

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Bau am 31.01.2023
(11. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgerantrag gem. §24 GO BUND "Stadtlinde" Vorlage: FB5/1624/2022	5
3 Bürgerantrag nach § 24 GO- Plakatwand Dr.-Franz-Schütz-Platz Vorlage: DezIII/1633/2023	6
4 Versetzung der Stellplätze auf der Nordstraße zwischen Oststraße und Roßbachstraße Vorlage: FB5/1588/2022	7
5 Einziehung des öffentlichen Parkplatzes Stratumer Straße vor dem Hausgrundstück Stratumer Straße 52 Vorlage: FB5/1637/2023	7
6 Parkraummanagement im Bereich des Parkplatz Apelter Weg (Modellflughafen) Vorlage: FB5/1626/2022	8
7 Umgestaltungsmaßnahmen im Rahmen des Förderprogramms zur Stärkung der Innenstädte Vorlage: SB11/1640/2023	8
8 Nachtabschaltung Straßenbeleuchtung Vorlage: DezIII/0609/2022	9
9 Anträge	9
9.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Installation von Zebrastreifen und Radverkehrsfurten an Kreisverkehren als Standard Vorlage: FB5/0436/2023	9
9.2 Antrag der SPD-Fraktion zur Anlage eines Memoriam Gartens Vorlage: SB11/0437/2023	9
9.3 Antrag der Fraktion DIE FRAKTION zur Beschaffung Steiger FB5 Vorlage: SB11/0438/2023	10
9.4 Antrag der Fraktion DIE FRAKTION zum Beitritt German Zero Vorlage: DezIII/0439/2023	10
10 Anfragen	11

10.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Fortschreibung der Energie- und CO ₂ -Bilanz	11
10.2	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu PV-Anlagen auf städtischen Dächern	11
10.3	Anfrage der SPD Fraktion zu Nitratwerten im Grundwasser	11
11	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
11.1	Angezeigte Fälle und Ersatzpflanzungen aufgrund der Baumschutzsatzung	12
11.2	Starkregenereignismanagement	12
11.3	Förderung Dachbegrünung	12
12	Termin der nächsten Sitzung 14.03.2023	12
13	Verschiedenes	13
13.1	Provisorischer Unterstand am Bahnhof Osterath	13
13.2	Zustand der Moerser Straße zwischen Strümp und Haus Meer	13

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Daniel Thywissen

Herr Dr. Harald von Canstein Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Egbert Meiritz Sachkundiger Bürger

Frau Sarah Winter Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven Wirtschaftsförderungsreferent

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Dana Frey Dezernat III

Herr Harald Härtel Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Anke Hartl Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Daniel Thywissen

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Wilhelm Thomes

Seniorenbeirat

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Neukirchen begrüßt den Ersten und Technischen Beigeordneten Andreas Apsel, der nach seinem Dienstantritt zum ersten Mal an einer Sitzung dieses Ausschusses teilnimmt. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und weist auf die nachträglich eingegangenen Anfragen und die sich daraus ergebende Ergänzung der Tagesordnung um die TOP 10.1 bis 10.3 hin.

Die Fraktion DIE FRAKTION zieht ihren Antrag zum Beitritt der Initiative German Zero zurück.

Ratsherr Banse merkt zu TOP 2 an, dass der Beschlussvorschlag dahingehend geändert werden sollte, dass getrennt über den im Bürgerantrag vorgeschlagenen Standort und den Vorschlag der Verwaltung abgestimmt werden sollte.

Ratsherr Quaß weist darauf hin, dass die Bürgeranträge unter TOP 1 und 2 zur Abstimmung gestellt werden müssen und nicht nur Beschlüsse zu den Vorschlägen der Verwaltung gefasst werden dürfen.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2 Bürgerantrag gem. §24 GO BUND "Stadtlinde" Vorlage: FB5/1624/2022

Ausschussvorsitzende Neukirchen erteilt Frau Dr. Blaum als Vertreterin des BUND das Wort. Diese erklärt ihr Bedauern über den Beschlussvorschlag und die Argumentation der Verwaltung. Der Wegfall von Parkplätzen zugunsten eines Baumes sei aus Sicht des BUND sogar erfreulich. Hinsichtlich der Einschränkung der städtebaulichen Entwicklung des Dr.-Franz-Schütz-Platzes erklärt sie, dass es als Maßnahme gegen die Erhitzung der Stadt sinnvoll wäre, wenn an dieser Stelle eine Grünfläche entstehen und der ganze Parkplatz wegfallen würde. Dafür würde der BUND weitere Bäume stiften. Der vorgeschlagene Alternativstandort am Landsknecht komme für den BUND nicht in Betracht, da an dieser Stelle sowieso eine Nachpflanzung seitens der Verwaltung erfolge und der Baum, der dort gepflanzt werden könne deutlich kleiner sei, als eine 7-fach verpflanzte Dorflinde.

Ratsherr Schoenauer erklärt, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen würde, den Bürgerantrag jedoch ablehnen werde, wenn allein dieser zur Abstimmung stehe.

Ratsfrau Winter begrüßt die Absicht des BUND zur Pflanzung einer Dorflinde und schlägt vor, diese in der Gesamtkonzeption des Dr.-Franz-Schütz Platzes zu berücksichtigen. Ihre Frage, ob in diesem Fall am Landsknecht eine Nachpflanzung geplant sei, bejaht Herr Betsch. Diese würde jedoch wesentlich kleiner ausfallen als die vom BUND vorgeschlagene Linde.

Ratsherr Quaß sieht in dem Bürgerantrag eine Reaktion auf die Genehmigung zur Errichtung eines Schützenbaumes auf dem Dr.-Franz-Schütz Platzes und finde es bedauerlich, dass im Gegenzug die Pflanzung eines echten Baumes auf diesem Platz abgelehnt werde.

Frau Dr. Blaum bestätigt den Eindruck von Ratsherrn Quaß und erklärt, dass die Errichtung des Schützenbaumes durch den Verbau von Beton und Stahl erhebliche CO₂-Emissionen verursache. Weil der Standort am Landsknecht für den BUND nicht in Betracht komme, zieht sie den Bürgerantrag zurück.

3 Bürgerantrag nach § 24 GO- Plakatwand Dr.-Franz-Schütz-Platz Vorlage: DezIII/1633/2023

Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt die Vertagung der Beratung über den Ort der Installation der „Warming Stripes“.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			7
SPD	2		
FDP		1	1
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler			1
DIE FRAKTION			1
Gesamt:	6	1	10

Ausschussvorsitzende Neukirchen erteilt Frau Dr. Blaum als Vertreterin des BUND das Wort. Diese berichtet, dass über den Bürgerantrag bereits im Kulturausschuss beraten worden sei und sich dort die Mehrheit der Mitglieder dafür ausgesprochen habe, die Initiative zu unterstützen.

Der Standort Bahnunterquerung Osterath sei ungeeignet, weil die Streifen dort lediglich von Fußgängern und Radfahrern gesehen würden, die sich sowieso schon klimafreundlich verhalten. Dass aus Gründen der Haltbarkeit eine Anbringung auf einem Gehweg – wie in Variante 2 beschrieben – nicht sinnvoll sei, könne sie nachvollziehen. Die Standorte Parkplatz Haus Meer oder Böhler Radweg hält sie nicht für sinnvoll, weil auch dort die Menschen verkehren, die sich schon vorbildlich im Verkehr verhalten. Es stelle sich die Frage, warum der jetzige provisorische Standort auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz nicht thematisiert worden sei. Die in Variante 4 beschriebene Aufbringung auf private Werbeflächen halte der BUND für indiskutabel.

Ratsherr Schoenauer beantragt einen Beschluss über den Standort P&R Platz Haus Meer. Die Ermittlung der Kosten solle der Antragsteller übernehmen. Diese können dann im Haushalt 2024 veranschlagt werden.

Ratsherr Quaß teilt die Einschätzungen von Frau Dr. Blaum und erklärt, dass ein Plakat mit Warming Stripes da platziert werden müsse, wo ein möglichst hoher Kontakt zu PKW Fahrern erreicht werden könne.

Sachkundiger Bürger Meiritz spricht sich dafür aus, den gegenwärtigen Standort zum festen Standort zu machen, da das Plakat an diesem zentralen Platz eine hohe Strahlkraft habe.

Ratsherr von Canstein vertritt den Standpunkt, dass nicht per se PKW Fahrer die Umweltsünder seien und Radfahrer und ÖPNV Nutzer die Umweltbewussten. Die CO₂-Emission durch PKW mache nur ca. ein Viertel der CO₂ Emission, die ein Mensch verursacht, aus. Auch Konsum, Wärme, Strom seien Ursachen. Deshalb sei es wichtiger, einen gut sichtbaren Ort zu wählen, an dem viele Menschen die Plakatwand sehen, als den Adressatenkreis als einziges Kriterium zu wählen.

Frau Frey erklärt, dass es sich bei der vom BUND als Beispiel angeführten Brücke in Leipzig um eine Fußgänger- und Fahrradbrücke handele, so dass auch dort nicht PKW Fahrer die Adressaten seien. Hinsichtlich des Standortes auf dem Dr.-Franz-Schütz-Platzes habe der Kulturausschuss sich gegen eine Plakatwand in der Größe der Plakatwand gegen Ausländerfeindlichkeit ausgesprochen. Um die Kosten für eine Plakatwand ermitteln zu können, müsse zunächst einmal feststehen, wie groß diese sein soll. Ihr sei nicht bekannt, ob im Kulturausschuss über die Finanzierung diskutiert worden sei. Deshalb seien keine Kosten ermittelt worden.

Ratsherr Quaß stellt einen Vertagungsantrag und schlägt vor, dass die Verwaltung zusammen mit der Antragstellerin nach geeigneten Standorten suche und eine Kostenschätzung vornehme.

4 Versetzung der Stellplätze auf der Nordstraße zwischen Oststraße und Roßbachstraße **Vorlage: FB5/1588/2022**

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt, die Parkflächen der Nordstraße von Oststraße bis Karl-Borromäus-Straße zum Schutz der Kirschblütenbäume unter Wegfall von circa 7 Stellplätzen auf die gegenüberliegende östliche Seite zu verlegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5 Einziehung des öffentlichen Parkplatzes Stratumer Straße vor dem Hausgrundstück Stratumer Straße 52 **Vorlage: FB5/1637/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt den Parkplatz Stratumer Straße vor dem Hausgrundstück Stratumer Straße 52 (Gemarkung Nierst, Flur 13, Flurstück 19 und 46 tlw.) gem. beiliegendem Plan) einzuziehen. Die Verwaltung wird beauftragt das Einziehungsverfahren nach § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6 Parkraummanagement im Bereich des Parkplatz Apelter Weg (Modellflughafen)
Vorlage: FB5/1626/2022

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt im Bereich des Parkplatzes Apelter Weg (Modellflughafen) in Büderich eine Parkzeitbegrenzung von 4 Stunden sowie das Parken nur in gekennzeichneten Flächen von 4 Stunden mit Parkscheibe einzuführen und beauftragt die Verwaltung, das beschlossene Parkraummanagement mittels Beschilderung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherren Quaß und Banse regen an, auf den Betreiber des Modellflughafens zuzugehen und über eine Verschiebung der Absperrung zu den Vereinsparkplätzen zu erreichen. Der Parkdruck am Apelter Weg sei an Wochenenden und bei schönem Wetter sehr hoch, was dann zu „Wildparken“ führt. Gleichzeitig seien die Parkplätze des Modellflughafens jedoch nicht belegt. Herr Banse erkundigt sich danach, ob es an dieser Stelle genügend Behindertenparkplätze gebe.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Einrichtung von zwei Behindertenparkplätzen ist bereits angeordnet und wird in Kürze realisiert.

7 Umgestaltungsmaßnahmen im Rahmen des Förderprogramms zur Stärkung der Innenstädte
Vorlage: SB11/1640/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt die Umsetzung der von der Verwaltung vorgestellten Maßnahmen in den Stadtteilen Büderich, Lank-Latum und Osterath im Rahmen des Sofortprogramms zur Stärkung der Innenstädte und Zentren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Benninghoven trägt entsprechend der Beschlussvorlage vor. Anschließend erklärt Herr Betsch die Umgestaltungsmaßnahmen im Einzelnen. Er stellt fest, dass die Voraussetzungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den drei Stadtteilen sehr unterschiedlich sind. Ziel sei vorrangig eine möglichst einheitliche Gestaltung und die Verbesserung der Funktionalität. Herr Betsch weist darauf hin, dass die Stadtmöbel eine lange Lieferzeit haben und deshalb die Ausschreibung erfolgen sollte, sobald die Förderzusage vorliegt. Es besteht Einigkeit darüber, dass mit der Beschaffung der Möbel, so wie vorgestellt, begonnen werden könne. Bei Ortsterminen mit Mitgliedern aus den Fraktionen und der Verwaltung solle die genaue Positionierung abschließend festgelegt werden. Die Frage einer Förderung von WiFi-Hotspots sowie Nisthilfen an Bäumen und Gebäuden befindet sich noch in der Abstimmung mit dem Fördergeber. Anschließend beantwortet Herr Betsch Fragen der Ausschussmitglieder.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.

8 Nachabschaltung Straßenbeleuchtung **Vorlage: DezIII/0609/2022**

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

9 Anträge

9.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Installation von Zebrastreifen und Radverkehrsfurten an Kreisverkehren als Standard **Vorlage: FB5/0436/2023**

Herr Hartenstein berichtet, dass die Verwaltung bereits alle Kreisverkehre definiert habe, die umgebaut werden sollen. Die vorgeschriebene Beleuchtung der Zebrastreifen sei für zwei Kreisverkehre bereits bestellt. Sobald diese geliefert werde, könne mit dem Umbau begonnen werden. Er werde für die Sitzung im Mai eine Informationsvorlage erstellen, aus der alle Kreisverkehre ersichtlich seien, die umgebaut werden sollen.

Daraufhin zieht Ratsherr Banse den Antrag zurück.

Ratsherr Quaß spricht die schon lange bekannte Problematik der unterschiedlichen Vorfahrtregelungen in den kurz aufeinander folgenden Kreisverkehren in Strümp an und erkundigt sich danach, ob es inzwischen eine Lösungsmöglichkeit gebe. Herr Hartenstein erläutert, dass es nicht einfach dadurch zu lösen sei, das Ortsschild zu versetzen, damit beide Kreisverkehre innerörtlich wären. Wenn der Umbau des Kreisverkehrs im Rahmen eines vom Ministerium genehmigten Verkehrsversuches erfolge, müsse dieser auch mit Zebrastreifen samt Beleuchtung versehen sein. Dann würde nach einem Jahr geprüft, ob der Versuch erfolgreich gewesen sei. Sollte das nicht der Fall sein, müsste der Kreisverkehr wieder zurückgebaut werden. Deshalb stehe dieser Kreisverkehr unten auf der Liste. Die Verwaltung beobachte, ob sich möglicherweise die Rechtslage ändere, so dass eine einheitliche Regelung möglich wäre.

9.2 Antrag der SPD-Fraktion zur Anlage eines Memoriam Gartens **Vorlage: SB11/0437/2023**

Herr Banse trägt den Antrag seiner Fraktion vor und regt die Reaktivierung des Arbeitskreises Friedhöfe an.

Herr Betsch erklärt, dass ein Memoriam Garten ein geschützter Begriff sei. Dabei handle es sich um eine größere Fläche auf einem Friedhof, die durch qualifizierte Friedhofsgärtner gestaltet sei. Die Grabstätten seien ohne klare Abgrenzungen integriert. Es müssten sich mehrere Friedhofsgärtner für

die Gestaltung und Pflege zusammenfinden, da es sich um ein enormes Invest handle, das sich amortisieren müsse. Herr Betsch äußert Zweifel darüber, dass es unter Meerbuscher Friedhofsgärtnern die Bereitschaft dazu gäbe. Darüber hinaus würde ein Memoriamgarten dem Bedarf an stadtteilbezogenen Angeboten nicht entsprechen.

Der Bedarf an Grabstätten, bei denen sich die Angehörigen nicht um die Grabpflege kümmern müssen steige. Es gebe schon derartige Möglichkeiten der Bestattung auf Meerbuscher Friedhöfen, wie beispielsweise die Wiesengräber, die Baumgrabstätten, Grabplatten für Urnengräber, die nicht mehr gepflegt werden können. Auch gebe es die Möglichkeit, einen Friedhofsgärtner mit der Dauergrabpflege zu beauftragen. In Ergänzung dazu arbeite die Verwaltung gerade daran, das Angebot zu erweitern. Demnach sollen Urnenbeisetzungen in einem vom Friedhofsgärtner angelegten und gepflegten Urnengemeinschaftsgrab vorgenommen werden können. Dieses Angebot gehe in die gleiche Richtung wie ein Memoriam Garten, sei jedoch kleiner und passender für Meerbuscher Verhältnisse, da es auf mehreren Friedhöfen angelegt werden kann. Voraussetzung für die Vergabe des Nutzungsrechtes für die Grabstätte sei ein Pflegevertrag über die gesamte Ruhezeit. Geplant sei die dahingehende Änderung der Friedhofssatzung zum 01.01.2024. Der Ausschuss werde ausführlich informiert, sobald die Vorarbeiten abgeschlossen seien.

Ratsherr Banse zieht den Antrag zurück.

Ratsherr Schoenauer spricht sich ebenfalls für die Wiedereinrichtung des Arbeitskreises Friedhöfe aus. Darin könne u.a. das geplante zusätzliche Angebot thematisiert werden.

9.3 Antrag der Fraktion DIE FRAKTION zur Beschaffung Steiger FB5 Vorlage: SB11/0438/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes für den Steiger für den FB5 (Straßenbeleuchtung).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Wagner begründet den Antrag seiner Fraktion. Nach kurzen Statements wird abgestimmt.

9.4 Antrag der Fraktion DIE FRAKTION zum Beitritt German Zero Vorlage: DezIII/0439/2023

Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

10 Anfragen

10.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu Fortschreibung der Energie- und CO₂-Bilanz

Nach der Sitzung gibt Frau Frey folgendes zu Protokoll:

1) *Auf welchem Stand ist die Energie-und CO₂ – Bilanz derzeit?*

Aufgrund eines bundesweiten Umstiegs von der Bilanzierungssoftware EcoSpeed zum Klimaschutzplaner, ist die Erstellung des geforderten Klimaschutzberichts erst seit 2021 technisch möglich. Da die Software umfänglicher und in der Bedienung anspruchsvoller ist als das vorherige Programm, hat das Klima-Bündnis als Betreiber der Software darum gebeten, die entsprechenden Schulungen beizuwohnen, die im Sommer 2021 stattfanden.

Da der größte Aufwand bei der Bilanzierung in der Datenbeschaffung besteht, ist es am effektivsten sie für die vergangenen Jahre (vorzugsweise 2019-2021) gesammelt abzufragen. Allerdings standen die vom Klimabündnis bereitgestellten Grundlagendaten für das Jahr 2019 erst Ende 2021 zur Verfügung, die Treibhausgasemissionsfaktoren für das Jahr 2021 fehlen noch immer und werden aktuell durch die Zahlen aus dem Vorjahr provisorisch ersetzt. Dennoch wurde Ende 2022 mit der Abfrage der benötigten Daten bei den Versorgungsleistern begonnen, die Daten zu Strom- und Erdgasverbräuchen liegen bereits vor.

2) *Wann ist die nächste Aktualisierung zu erwarten?*

Wegen der zurzeit drei nicht besetzten Stellen in der Stabstelle Umwelt,- und Klimaschutz kann kein Zeitpunkt der Aktualisierung der CO₂ - Bilanz genannt werden.

10.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu PV-Anlagen auf städtischen Dächern

Anmerkung der Schriftführerin: Die Antwort auf die Anfrage ist Anlage zum Protokoll.

10.3 Anfrage der SPD Fraktion zu Nitratwerten im Grundwasser

Frau Frey erinnert an den ausführlichen Vortrag von Herrn Scharl am 21.09.2022. Obwohl die Stadt Meerbusch nicht zuständig sei, habe sie die Anfrage an den LANUV weitergeleitet und werde die Antwort dem Protokoll beifügen.

Anmerkung der Schriftführerin: Das Schreiben des LANUV ist Anlage zum Protokoll.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

11.1 Angezeigte Fälle und Ersatzpflanzungen aufgrund der Baumschutzsatzung

Herr Betsch berichtet über das Jahr 2021, weil für das Jahr 2022 für Fällungen, die am Jahresende durchgeführt wurden, die Fristen für die Nachpflanzungen noch nicht abgelaufen seien.

2021 seien 187 Fällungen angezeigt worden. Davon sei in 179 Fällen zur Ersatzpflanzung aufgefordert worden, wovon 93 erledigt seien und 86 noch offen. Von diesen haben bereits bei der Antragstellung 34 um Fristverlängerung gebeten. Die restlichen 52 wurden erinnert. Daraufhin wurde in 51 Fällen eine Fristverlängerung beantragt und genehmigt. In dem einen Fall, bei dem es keinerlei Rückmeldung gab, sei das Ordnungsamt zur Weiterverfolgung eingeschaltet worden.

11.2 Starkregenereignismanagement

Frau Frey teilt mit, dass mit dem Büro, das die Starkregenereignis- und Starkregenrisikokarten erstellt habe, und allen Beteiligten bereits erste Gespräche stattgefunden haben. Aufgrund der schwierigen Datenlage habe die Verwaltung um Verlängerung des Förderzeitraums gebeten. Mitte des Jahres laufe diese jedoch aus. Eine Bedingung für die Förderung sei eine Informationsveranstaltung mit Bürgern und Politik. Diese solle am 28.02.2022 im Meerbusch Gymnasium stattfinden. Es sollen dann erste Karten präsentiert werden. Zusammen mit dem Fachbereich 5 soll deutlich gemacht werden, wo die Zuständigkeit der Stadt beim Bau bzw. bei der Unterhaltung der Kanäle liegt und welche Vorsorgemaßnahmen die Grundstückseigentümer vornehmen können.

11.3 Förderung Dachbegrünung

Frau Frey erklärt, dass vom Ministerium der Förderantrag zur Dachbegrünung in Höhe von 100.000,- € bewilligt worden sei. Der Verwaltung liege der Antrag einer Wohngemeinschaft für eine Dachfläche von 1000 m² vor, so dass bei einer Förderung von 50% die Fördermittel schon fast vollständig vergeben werden können.

12 Termin der nächsten Sitzung 14.03.2023

13 Verschiedenes

13.1 Provisorischer Unterstand am Bahnhof Osterath

Ratsherr Banse bittet darum, dass am Bahnhof in Osterath an der provisorischen Haltestelle einen provisorischen Unterstand aufzustellen.

Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Herr Hartenstein folgendes zu Protokoll: Eine gebrauchte Wartehalle ist nicht auf dem Bauhof gelagert. Da diese Haltestelle im Parkstreifen liegt, ist sowieso zu wenig Platz, um eine Wartehalle bzw. einen Unterstand aufzustellen. Auf private Flächen kann hierfür nicht zurückgegriffen werden. Zudem handelt es um eine Endhaltestelle, an der überwiegend Personen aussteigen.

13.2 Zustand der Moerser Straße zwischen Strümp und Haus Meer

Ratsherr Quaß berichtet, dass nach den vergangenen Regenereignissen der Radweg noch mehr abgesackt sei, so dass eine hohe Unfallgefahr bestehe und dringend, wenn auch erstmal provisorisch, eine Absicherung vorgenommen werden müsse. Er erkundigt sich nach dem Stand der Dinge hinsichtlich der von Straßen NRW angekündigten Sanierung. Herr Hartenstein teilt mit, es wegen einer noch nicht abgeschlossenen Planung des Bachdurchlasses und personellen Veränderungen bei Straßen NRW zu Verzögerungen komme. Zusammen mit Erstem und Technischem Beigeordneten Apsele habe er im Februar einen Termin bei Straßen NRW und werde dieses Thema noch einmal ansprechen.

Meerbusch, den 13. Februar 2023

Barbara Neukirchen
Ausschussvorsitzende

Anke Hartl
Schriftführer/in